



Freundeskreis Frankfurt/Krakau
Deutsch-Polnische Gesellschaft Frankfurt am Main e.V.

Zum Selbstverständnis des Freundeskreises in schwieriger Zeit

Der Freundeskreis Frankfurt – Krakau hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur die Verbindung der beiden Städte zu fördern und zu vertiefen, sondern zwischen Deutschland und Polen schlechthin. Hierzu hat der Freundeskreis in der Vergangenheit wichtige Beiträge geleistet und wird in diesem Bemühen auch in Zukunft nicht nachlassen. Gerade im Hinblick auf die von Deutschland verantworteten dunklen Kapitel in der Geschichte unserer beiden Völker verstehen wir es als Privileg, uns dieser Aufgabe widmen zu dürfen. Insoweit begreifen wir unsere Arbeit auch als Beitrag zum europäischen Einigungsprojekt, wie die EU es anstrebt.

Gerade weil uns die Freundschaft mit Polen so sehr am Herzen liegt, sind wir in großer Sorge wegen der neueren Entwicklungen in unserem Nachbarland. Polen hat in bewundernswerter Weise die Fesseln des autoritären kommunistischen Regimes abgestreift. Vor allem die Gewerkschaft Solidarność hat hierzu einen herausragenden Beitrag geleistet. Nach der politischen Wende ist es Polen gelungen, eine demokratische und rechtsstaatliche Struktur aufzubauen und so ein geachtetes Mitglied der in der EU vereinigten europäischen Gemeinschaft zu werden. Die gegenwärtige Regierung ist dabei, diese Errungenschaften aufs Spiel zu setzen. Die Schritt für Schritt vollzogene Entmachtung der Justiz gefährdet die für einen Rechtsstaat unverzichtbare Gewaltenteilung. Die mit Macht vorangetriebene Gleichschaltung der Medien bedroht die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit und die für eine Demokratie unabdingbare Meinungsvielfalt. Diese Maßnahmen, so hat es den Anschein, dienen dazu, einem Nationalismus und einem Staatsverständnis zum Durchbruch zu verhelfen, die mit den Vorstellungen des europäischen Einigungsprojekts nur schwer in Einklang zu bringen sind.

Angesichts dieser Entwicklungen hat die Kommission der EU den Versuch unternommen, Polen von diesem mit den Leitideen der EU nicht zu vereinbarenden Weg abzubringen. Die EU hat zwar ein im Vertragswerk angelegtes Verfahren zum Stimmrechtsentzug Polens eingeleitet, das sich aber als stumpfes Schwert erweisen wird, weil sein Erfolg von der Zustimmung aller übrigen Mitgliedstaaten abhängt, die nicht zu erreichen ist. Doch ungeachtet des Ausgangs dieses Verfahrens zeigt das Vorgehen der EU, wie ernst die gegenwärtige polnische Entwicklung gesehen wird.

Der Freundeskreis als Institution der Zivilgesellschaft darf in dieser Situation nicht schweigen. Er erklärt sich mit denen solidarisch, die in Polen alles daran setzen, die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaats zu bewahren. Gerade im Hinblick auf die deutsche Geschichte kann kein Zweifel bestehen, dass es notwendig ist, den Anfängen zu wehren. Im Bewusstsein unserer Freundschaft mit Polen sind wir zuversichtlich, dass die polnische Gesellschaft aus der gegenwärtigen Entwicklung herausfinden wird. Sie weiß uns an ihrer Seite.